

Schriftliche Abschlussprüfung

Sommer 2024

Prüfungstyp 1

Teil 1 Textverständnis und Sprachgebrauch

Aufgabe 1

Markierung der richtigen Aussagen, die sich aus dem Text (Material 1) ableiten lassen, mit dem Buchstaben „r“ und Zeilenangabe

a)	b)	c)	d)	e)	f)	g)	h)	i)	j)	k)
r	r					r	r		r	
2	43ff.					10ff.	25f.		10ff.	

Kommentar zu den Lösungen

Aussage	r/f	Kommentar	Zeile(n)
a	r	„Jeder fünfte Beschäftigte hat keine richtigen Pausen. Das führt zu Unfällen, Fehlern und Burn-outs.“	2
b	r	„Es braucht also mehr Beschäftigte für dieselbe Menge an Arbeit [und es] braucht Fachkräfte, und die gewinnt man nur, indem man höhere Gehälter zahlt und ihre Arbeitsbedingungen verbessert – und das fängt wiederum bei der richtigen Pause für alle an.“	42ff.
c	f	Dazu findet sich nichts im Text.	
d	f	In einem Werbespot heißt es beispielsweise: „[D]ann ist halb zehn in Deutschland und ein Stückchen geschafft [...] in der Ruhe liegt die Kraft.“	6f.
e	f	Dazu findet sich nichts im Text.	
f	f	Es wird lediglich auf die geringere Zahl an Fehler bei Chirurgen verwiesen, wenn diese genügend Pausen haben.	26f.
g	r	„Wer in Deutschland mehr als sechs und bis zu neun Stunden arbeitet, hat ein gesetzliches Recht auf eine Unterbrechung von 30 Minuten.“	10f.
h	r	„Viele Arbeitsunfälle wären wohl vermeidbar, viele Fehler könnten verhindert werden, wenn Beschäftigte nicht durcharbeiten müssten, sondern mal abschalten können.“	25f.
i	f	Dazu findet sich nichts im Text.	
j	r	„Wer in Deutschland mehr als sechs und bis zu neun Stunden arbeitet, hat ein gesetzliches Recht auf eine Unterbrechung von 30 Minuten. Arbeiten Beschäftigte mehr als neun Stunden am Stück, dürfen sie mindestens 45 Minuten am Stück Pause machen.“	10ff.
k	f	„Wer also will, dass in Zeiten des Fachkräftemangels die eigene Branche noch existiert und das Unternehmen funktioniert, muss Pausen schaffen.“	36f.

Aufgabe 2

Zuordnung von Erklärungen für Textstellen

	A	B	C	D
Erklärung	3	3	2	3

5 **Beschreiben Sie ...**

Auf die Garantie der Menschenwürde im ersten Artikel des Grundgesetzes folgen in den Artikeln 2 bis 19 des Grundgesetzes die einzelnen Grundrechte. Sie schützen verschiedene Lebensbereiche. So schützen sie zum Beispiel das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Berufsfreiheit oder das Eigentumsrecht.

Die Grundrechte dienen vor allem dazu, vor Eingriffen durch den Staat zu schützen. Sie sind also in erster Linie Abwehrrechte. Klassische Freiheitsrechte sind also auch die Pressefreiheit mit dem Zensurverbot, die Versammlungsfreiheit, das Brief- und Telekommunikationsgeheimnis oder die Unverletzlichkeit der Wohnung.

6 **Erläutern Sie ...**

- Bürgerinnen und Bürger können ihr Wahlrecht für den Bundestag, den Landtag oder auch den Gemeinderat in Anspruch nehmen.
- Bürgerbegehren oder Bürgerentscheid: In den alten Bundesländern haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, auf Kommunal- oder Kreisebene mit Hilfe von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid direkt in die lokale Politik einzugreifen.
- Einwohnerantrag: Mit dem Einwohnerantrag können Einwohner/innen einer Gemeinde den Gemeinderat verpflichten, sich mit einer bestimmten Angelegenheit in einer öffentlichen Sitzung zu befassen.
- Volksbegehren und Volksentscheid: Anders als auf Bundesebene haben Bürgerinnen und Bürger in allen Bundesländern die Möglichkeit, auf Landesebene Abstimmungen über Sachthemen herbeizuführen.
- Petitionen: In Deutschland ist das Petitionsrecht als Grundrecht im Grundgesetz festgeschrieben. Auch die jeweiligen Landesverfassungen räumen das Petitionsrecht ein.
- Es besteht die Möglichkeit auf Mitgliedschaft und Mitarbeit in Parteien und Verbänden.

Schriftliche Abschlussprüfung

Sommer 2024

Aufgabe 1

1 **Stellen Sie dar ...**

- Durch *Wahlen* entscheiden Wahlberechtigte über die Zusammensetzung der Parlamente. Parteien mit klaren Aussagen zum Klimaschutz können somit gestärkt werden.
- In allen Bundesländern haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, auf Kommunal- oder Kreisebene mit Hilfe von *Bürgerbegehren und Bürgerentscheid* direkt in die lokale Politik einzugreifen. So auch dann, wenn sie die Klimapolitik und bisher unterlassene Maßnahmen zum Klimaschutz betreffen.
- Hier verhält es sich ähnlich wie oben: Mit dem *Einwohnerantrag* können Einwohner/innen einer Gemeinde den Gemeinderat verpflichten, sich mit einer bestimmten Angelegenheit in einer öffentlichen Sitzung zu befassen.
- Politische Teilhabe ist ebenso bei *Kundgebungen und Demonstrationen* gewährleistet. Missstände beim Klimaschutz werden öffentlich gemacht. Diese Veranstaltungen sind durch die Grundrechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit (Art. 8 und Art. 5 GG) geschützt.
- Jedermann hat in Deutschland das *Petitionsrecht* (Art. 17 GG). Das heißt, jedermann hat das Recht, eine Beschwerde – etwa zum Klimaschutz – an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu richten.
- Menschen, die sich dem Klimaschutz verpflichtet fühlen, können durch eine *Mitgliedschaft und Mitarbeit in Parteien und Verbänden sowie in Jugendparlamenten und Jugendgemeinderäten* ihre Angelegenheiten aktiv gestalten.

2 **Beschreiben und interpretieren Sie ...**

Beschreibung: Die Karikatur des Zeichners Stuttmann zeigt ein riesiges Kreuzfahrtschiff in arktischen Gewässern. Davor treiben auf kleinen Eisschollen sitzend einige Eisbären, die orangefarbene Warnwesten tragen. Von einigen am Bug des Schiffes stehenden Passagieren ist zu lesen: "Diese Spinner! Das bringt doch nichts! Das macht die Leute sauer! Und macht alles nur noch schlimmer!"

Interpretation: Die Lage ist prekär. Weltweiter Temperaturanstieg führt zum Abschmelzen der Polkappen und steigenden Wasserpegeln: Somit ist der Lebensraum der Eisbären akut bedroht. Obwohl diese Tatsachen in Bezug auf den Klimawandel einer breiten Öffentlichkeit bekannt sind, ist eine weitreichende Verhaltensänderung der Menschen nicht absehbar. Trotz ihrer äußerst bedenklichen Ökobilanz erfreuen sich Kreuzfahrten noch immer großer Beliebtheit. Proteste für mehr Klimaschutz sind für weite Teile der Bevölkerung ein Störfaktor, sie sind lästig – „Das macht nur die Leute sauer!“

2.3.1 **Beispiel:** Die Haushalte müssen mehr Geld für Energie aufwenden, somit bleibt weniger Geld für den Konsum übrig und die Nachfrage nach Konsumgütern sinkt.
Erhöhte Energiepreise führen bei den Unternehmen zu höheren Kosten. Dadurch müssen entweder an anderer Stelle Kosten eingespart oder die Preise angehoben werden. Beides kann ebenfalls zu geringerer Nachfrage führen. Dies führt zu einem Abschwung bzw. einer Rezession.

Alternativ: Haushalte können versuchen, Energie einzusparen. Sofern dies möglich ist, wird sich am privaten Konsumverhalten nichts ändern. Unternehmen (und evtl. Haushalte) versuchen, in energiesparende Anlagen zu investieren. Die schränkt zwar kurzzeitig die Nachfrage nach anderen Gütern ein, führt aber in den Branchen, die auf Energieeffizienz spezialisiert sind, zu einer starken Nachfrage und somit sind die Auswirkungen auf die gesamte Konjunktur eher gering.

2.3.2 **Beispiel:** Die Konjunktur beeinflusst die Herstellung von chirurgischen Instrumenten kaum, da die Nachfrager (Ärzte und Krankenhäuser) ebenfalls weitestgehend unabhängig von der Konjunktur sind. Somit ändern sich Ihre Chancen nicht aufgrund der hohen Energiekosten.

Alternativ: Da die steigenden Energiekosten auch den Hersteller von chirurgischen Instrumenten belastet, muss die Gruber Medical GmbH eventuell an anderer Stelle, z.B. dem Personal, Kosten einsparen. Wenn Personal abgebaut werden muss, verschlechtert es die Chancen der Übernahme.

2.4.1 1. Schritt: Eine Leitzinsanhebung würde die Banken bei der Refinanzierung ihrer Kredite treffen.
2. Schritt: Die Banken heben dann ihrerseits die Zinssätze für Kredite (und verzögert auch für Einlagen) ebenfalls an.
3. Schritt: Durch teurere Kredite sinkt die Nachfrage nach den Krediten, teurere Anschaffungen werden somit weniger finanziert und nachgefragt, andererseits steigt auch der Anreiz zum Sparen, was ebenfalls den Konsum bremsen könnte.
In der Folge wird das Wirtschaftswachstum gebremst. Das Ziel eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums kann so nicht erreicht werden.

2.4.2 In der Aufgabenstellung sind die beiden Ziele „stabiles Preisniveau“ und „ausgewogenes Wirtschaftswachstum“ angesprochen. Zwischen beiden Zielen herrscht ein Zielkonflikt, da die Zinsanpassung das Preisniveau zwar stabilisiert, aber zu geringeren Investitionen und somit auch zu einem geringeren Wirtschaftswachstum führt. So können nicht beide Ziele gleichzeitig erreicht werden.

2.4.3 Die weiteren Ziele des „magischen Sechsecks“ sind

- ein hoher Beschäftigungsstand, messbar durch die Arbeitslosenquote
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht, messbar durch den Außenbeitrag (Exporte – Importe)
- Umweltschutz (lebenswerte Umwelt), messbar durch die Indikatoren wie CO₂-Ausstoß, Reinheit der Flüsse...
- Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, messbar z.B. durch den „Gini-Koeffizienten“.

Schriftliche Abschlussprüfung

Sommer 2024

Aufgabe 1

1.1 Der Betriebsrat bringt die Vorstellungen und Anregungen der Arbeitnehmer mit ein. Dadurch kann die Geschäftsleitung diese bereits im Rahmen der Möglichkeiten bei den Entscheidungen berücksichtigen und somit die Akzeptanz der Entscheidungen bei den Mitarbeitern erhöhen.
Zudem kann die Geschäftsleitung frühzeitig erkennen, welche Entscheidungen möglicherweise nur mit viel Widerstand durchzusetzen sind und sich somit im Vorfeld eine Strategie überlegen, um die Mitarbeiter zu überzeugen.
Durch mehr Meinungen, andere Sichtweisen und Ideen, die vom Betriebsrat eingebracht werden, werden evtl. mehr Aspekte berücksichtigt und die Entscheidungen werden insgesamt besser.

1.2 **Übernahme des Mitbewerbers**
Da das Unternehmen mehr als 20 wahlberechtigte Arbeitnehmer hat, ist nach § 111 BetrVG der Betriebsrat über den geplanten Zusammenschluss rechtzeitig und umfassend zu unterrichten (Informationsrecht des Betriebsrats). Zudem sind diese Pläne mit dem mit dem Betriebsrat zu beraten (Beratungsrecht des Betriebsrats)

Verlegung von Arbeitsplätzen

Hier hat er der Betriebsrat nach den §§ 90, 99 BetrVG ebenfalls ein Informationsrecht über die Planung und Verlegung von Arbeitsplätzen. Zudem besteht nach § 99 BetrVG ein Mitbestimmungsrecht, der Betriebsrat muss der Versetzung zustimmen. Der Betriebsrat kann nach § 99 Abs. 2 BetrVG die Zustimmung unter bestimmten Bedingungen allgemein oder im Einzelfall verweigern.

Aufgabe 1

- 1.1 Checkliste mit 6 Tätigkeiten, z.B.
- Reparaturen und Wartung
 - Optische Aufbereitung des Fahrzeugs
 - Aussagekräftige Fotos
 - Preisauszeichnung
 - Einpflegen des Fahrzeugs ins System
 - Veröffentlichung im Internet auf geeigneten Websites
 - Geeigneter Platz auf dem Gelände

1.2.1 Ein Kaufvertrag kommt durch zwei übereinstimmende Willenserklärungen zustande.
 Willenserklärung 1 (≙ Antrag) äußert Herr Wozniak am 26.04.2024 durch die Unterzeichnung der Fahrzeugbestellung des Gebrauchtwagens. Willenserklärung 2 (≙ Annahme) erfolgt durch die Rechnung/Lieferung des Autohauses am 02.05.2024 (Rechnungsdatum = Lieferdatum). Folglich ist der Kaufvertrag am 02.05.2024 rechtswirksam zustande gekommen.

1.2.2 „Herr Wozniak, Ihren Gebrauchtwagen haben wir von einer Privatperson angekauft, somit ist beim Kauf des Fahrzeugs für uns keine Umsatzsteuer angefallen. Um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, verlangt das Steuerrecht nur eine Besteuerung der Differenz zwischen Verkaufs- und Einkaufspreis, nicht also von dem gesamten Verkaufspreis, denn beim ersten Verkauf des Fahrzeugs als Neufahrzeug wurde dieses ja bereits voll mit der Umsatzsteuer belegt. Das bedeutet auch für Sie einen geringeren Steuerbetrag im Verkaufspreis. Der von Ihnen angesprochene Hinweis muss bei Anwendung der Differenzbesteuerung in der Rechnung enthalten sein.“

1.2.3

Nachkalkulation		
Verkaufspreis		13.925,00 €
- Inzahlungnahmepreis		12.000,00 €
- GW-Garantiekosten		350,00 €
- Provision	0,5 % von 13.925,00 €	69,63 €
- Verkaufsprämie	98 Standtage; 80 €	80,00 €
- Instandsetzungskosten		180,00 €
- Anteilige Gemeinkosten		200,00 €
- Standkosten	98 Tage x 8 €/Tag	784,00 €
- Umsatzsteuer	*	307,35 €
= Verlust		- 45,98 €

* Berechnung der Umsatzsteuer:

Besteuert wird nur die Differenz zwischen Verkaufs- und Einkaufspreis (s. Aufgabe 1.2.2). Diese Differenz beinhaltet die Umsatzsteuer, denn die Höhe der Umsatzsteuer steht ja nicht in Zahlen auf der Rechnung (sonst könnte der Käufer von der Höhe der Umsatzsteuer auf die Marge des Autohauses schließen).

$$13.925 \text{ €} - 12.000 \text{ €} = 1.925 \text{ €} \text{ (119 \%)}$$

Dreisatz:

$$1.925 \text{ €} \triangleq 119 \%$$

$$x \triangleq 19 \%$$

$$x \triangleq (1.925 * 19) / 119$$

- 1.3 2 Ursachen, z.B.
 Der Preis für das Fahrzeug ist zu hoch. Vielleicht bietet die Konkurrenz vergleichbare Fahrzeuge günstiger an oder das Modell ist nicht mehr so marktgängig und muss daher günstiger angeboten werden.
 Die Präsentation des Fahrzeugs im Autohaus oder im Internet ist nicht verkaufsfördernd.
 Die internen Abläufe von der Hereinnahme bis zur Präsentation haben in diesem Fall zu lange gedauert.

1.4

1400 00 00 00	Forderungen	13.925,00	an	8110 21 11 52	Erlöse GW diff. Fremdmarke	12.000,00
				8111 21 11 52	Mehrerlöse diff. Fremdmarke	1.617,65
				1770 00 00 00	Umsatzsteuer	307,35
7110 21 11 52	VAK GW diff. Fremdmarke	12.000,00	an	3110 21 00 52	Bestand GW diff. Fremdmarke	12.000,00

Beim Verkauf werden Erlöse (Kontenklasse 8) im Haben gebucht. Auf dem Konto 8110 wird der Ankaufspreis gebucht, auf dem Konto 8111 der Nettomehrerlös (Berechnung siehe unten). Das Fahrzeug ist ein in Zahlung genommenes Gebrauchtfahrzeug (KST 21), Verkauf an privaten Endkunden - Bargeschäft (AK 11), es ist ein GW einer Fremdmarke (KT 52), s. Anlage 2, 1. Zeile. Beim Verkauf fällt Umsatzsteuer (1770) an, in diesem Fall greift die Differenzbesteuerung. Berechnung der Mehrerlöse und der Umsatzsteuer:

$$13.925 \text{ €} - 12.000 \text{ €} = 1.925 \text{ €} / 1,19 = 1.617,65 \text{ €} * 19\% = 307,35 \text{ €}.$$

Aufgabe 1

1.1.1

Ergebnistabelle Autohaus Schulz GmbH (1. Quartal 2024) / Angaben in EUR									
Rechnungskreis I					Rechnungskreis II				
Geschäftsbuchführung					Abgrenzungsbereich				
GuV-Rechnung					Unternehmensbezogene Abgrenzungen		Kostenrechnerische Korrekturen		Kosten- und Leistungsrechnung
Konto-Nr.	Kontenbezeichnung	Aufwendungen	Erträge	Neutrale Aufwendungen	Neutrale Erträge	verrechnete Aufwendungen	verrechnete Kosten	Kosten	Leistungen
2100	Zinsaufwand	10.000				10.000	12.000	12.000	
2279	Gewerbesteuer	7.000		1.000				6.000	
2380	Spendenaufwand	1.000		1.000					
2640	Zinserträge		20.000		20.000				
2750	Grundstückserträge		15.000		15.000				
4100	Löhne produktiv	180.000						180.000	
4200	Löhne/Gehälter	240.000						240.000	
4240	Gesetzl. Sozialer Aufwand	70.000						70.000	
4400	Mietaufwand	15.000						15.000	
4620	Abschreibungen Sachanlagen	20.000				20.000	30.000	30.000	
70..	VAK Verkauf Neuwagen	780.000						780.000	
73..	VAK Verkauf Teile	250.000						250.000	
74..	VAK Werkstatt	100.000						100.000	
80..	Erlöse Neuwagen		1.700.000						1.700.000
83..	Erlöse Teile		400.000						400.000
84..	Erlöse Werkstatt		250.000						250.000
Summen I		1.673.000	2.385.000	2.000	35.000	30.000	42.000	1.683.000	2.350.000
Ergebnis		712.000		33.000		12.000		667.000	
Summen II		2.385.000	2.385.000	35.000	35.000	42.000	42.000	2.350.000	2.350.000
		Unternehmensergebnis			Neutrales Ergebnis		Neutrales Ergebnis		Betriebsergebnis
		712.000			45.000		45.000		667.000

Ausfüllhinweise:

Zinsaufwand und Abschreibungen: Abweichung bilanziell und kalkulatorisch, daher kostenrechnerische Korrekturen.
Gewerbesteuer: Im Betrag sind Steuernachzahlungen enthalten. Diese gehören zu einer anderen Abrechnungsperiode (periodenfremd), daher neutrale Aufwendungen in Höhe der Nachzahlungspflicht.

Zins- und Grundstückserträge: Kein Betriebszweck (Verkauf von Fahrzeugen, Teilen und Zubehör, Werkstattaufträge) für ein Autohaus, daher neutrale Erträge.

Spendenaufwand: Kein Betriebszweck, daher neutrale Aufwendungen.

Die wirtschaftliche Situation des Unternehmens ist sehr gut, das positive Unternehmensergebnis in Höhe von 712.000 € ist bis auf 45.000 € (neutrales Ergebnis; Zins- und Grundstückserträge, Spendenaufwand) durch das Kerngeschäft des Autohauses, ausgedrückt im Betriebsergebnis in Höhe von 667.000 €, erwirtschaftet worden.